

Regierungserklärungen über die Ernährungslage.

In umfassender Weise hat Minister Dr. Paul in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses den ganzen Komplex der Ernährungsfragen einschließlich der Rollen, die Erzeugern und Händlern hierbei zufallen, besprochen. Bei fast allen Nahrungsmitteln, die er der Erörterung unterzog, mußte er wiederholen, daß wir zu wenig haben und eine Besserung keineswegs bevorstehe. Nur die Zuder- und die Kartoffelgewinnung bezeichnete er als genügend, aber hierin werden die Konsumenten kaum seiner Meinung sein. Die Darstellung, die der Minister über die wirtschaftlichen Zusammenhänge gab, sind geeignet, manches verbreitete Vorurteil zu zerstreuen, und in dieser Hinsicht kommt der Rede besondere Bedeutung zu. Das Versprechen des Ministers, daß die Brotkalamität sich nicht wiederholen dürfe, wird jedermann gern vernehmen. Hoffentlich wird dieses Versprechen auch gehalten werden. Wir geben nachstehend die Rede ausführlich wieder:

Die Rede des Ministers.

Minister Dr. Paul verweist einleitend darauf, daß sich die Kritik an den behördlichen Maßnahmen um so mehr verstärkte, je länger der Druck der Zwangswirtschaft andauert. Solange jedoch die durch den Krieg herbeigeführte Absperrung unsres Landes vom Weltmarkt andauert, kann an eine Aufhebung der zwangsläufigen Kriegswirtschaft nicht gedacht werden. Die Auslieferung der wichtigeren Lebensmittel an das sogenannte freie Spiel der Kräfte würde einen Zustand der maßlosesten Preissteigerung herbeiführen und die minderbemittelte Bevölkerung von der Möglichkeit einer ausreichenden Versorgung direkt ausschließen. In der Erwägung, daß bei aller Würdigung der Vorteile einer freien Produktion und der Leistungsfähigkeit des Handels es angesichts der Knappheit fast sämtlicher Nahrungsmittel ohne ein System des Zwanges nicht möglich ist, der gesamten Bevölkerung die zur Aufrechterhaltung des Lebens unbedingt notwendigen Nahrungsmittel zu sichern, erheben die verständigen Gegner der Zwangswirtschaft nicht mehr wie früher die Forderung einer völligen Beseitigung derselben; hingegen herrscht allgemein bei Gegnern und Anhängern dieser Bewirtschaftung das Verlangen nach einer besseren Erfassung der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellten Nahrungsmittel. Ein Teil der öffentlichen Meinung spricht sich dafür aus, daß dies nur durch die straffe Bewirtschaftung und immer stärkere Ausgestaltung des staatlichen Zwangssystems erreicht werden kann, während andre die Möglichkeit einer besseren Erfassung in dem allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft und teilweisen Freigabe der Nahrungsmittel nach Sicherstellung des Bedarfes der breiten Bevölkerungsschichten erblicken. Die kritische Lage der Brotversorgung Oesterreichs, die seit längerem andauert und in der letzten Zeit eine wesentliche Verschärfung erfahren hat, hat dazu geführt, daß dieser Kampf hauptsächlich um das System der staatlichen Getreidewirtschaft entbrannt ist.

Die Brotversorgung Oesterreichs.

Um in dieser überaus wichtigen Frage Klar urteilen zu können, ist es unbedingt notwendig, sich über die allgemeine Lage unsrer Broternährung ein Bild zu machen. Schon Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß Oesterreich-Ungarn sich im Frieden mit Brotrucht im wesentlichen selbst ernähren konnte. Dies ist unzweifelhaft richtig. Nur haben sich diese Verhältnisse im Kriege wesentlich verschoben. Zu den beiläufig 40 Millionen Meterzentner, auf die der Brotruchtverbrauch der österreichischen Bevölkerung im Frieden eingeschätzt wird, hat Ungarn jährlich 16 bis 18 Millionen Zentner, somit 40 bis 45 Prozent, beigefeuert, während in den letzten Kriegsjahren die für den Zivilkonsum bestimmte Getreidezufuhr aus Ungarn nur einen kleinen Bruchteil der Friedenszufuhr ausmachte und 1915/16 4, 1916/17 0-6 und 1917/18 0-8 Millionen Meterzentner betrug. Wie wenig Galizien während der Kriegführung für die österreichische Versorgung in Betracht kam, ist bereits gesagt worden. Ferner sind auch in Westösterreich, wenn auch die Anbauflächen nicht wesentlich zurückgegangen sind, die Erntetrügnisse sehr bedeutend gesunken, woran in erster Linie die Wirkungen des Krieges, insbesondere der völlige Mangel an künstlichem Dünger, die Not an Leuten und Gespannen, der Mangel an notwendigem Arbeitsmaterial usw. die Schuld tragen. Derart ist es zu erklären, daß der österreichische Erntertrag, der im Durchschnitte der letzten fünf Friedensjahre in den für die Brotversorgung in Betracht kommenden Fruchtgattungen, Weizen, Roggen, Gerste und Mais, 64-8 Millionen Meterzentner betragen hat, nach den statistischen Erhebungen des Ackerbauministeriums im Jahre

1917/18 nur mehr mit 26 Millionen Meterzentner ausgewiesen erscheint. Im Zusammenhalte mit dem Rückgange der ungarischen Getreidezufuhr, welche nur zum geringsten Teil durch Einfuhr aus den okkupierten Gebieten ersetzt werden konnte, ist die Körnerfruchtbedeckung Oesterreichs auf ein Drittel des Friedensdurchschnittes herabgesunken.

Der staatlichen Bewirtschaftung ist es unter dem Jahr zu Jahr steigenden Schwierigkeiten doch gelungen, jährlich 75 bis 85 Prozent der Ueberschüsse über den Selbstverfolgerbedarf aufzubringen und der gleichmäßigen Verteilung zuzuführen. Daß ein nicht unbedeutlicher Rest bisher immer noch der Erfassung sich entziehen und teils der Verfüttung, teils dem Schleichhandel anheimfallen konnte, liegt darin, daß eine lückenlose Ueberwachung der mehr als zehn Millionen Produzenten, zahllosen Mühlen und Bäckereibetrieben naturgemäß den größten Schwierigkeiten begegnet. Der Bedarf der nicht wirtschaftlichen Bevölkerung Oesterreichs beträgt unter Zugrundelegung der gesetzlichen Mehlaute im Jahre rund 17 Millionen Meterzentner Getreide. Die staatliche Bewirtschaftung hat im laufenden Jahre von einem rechnungsmäßigen Ernteüberschuß von 8 Millionen Meterzentner rund 7-6 Millionen Meterzentner aufgebracht, und selbst wenn angenommen wird, daß der rechnungsmäßige Ueberschuß infolge Unterschätzung der Ernteergebnisse um einige Millionen Meterzentner größer gewesen ist, so ist bei diesem Deckungsverhältnisse schließlich doch für die Versorgung die Einfuhr ausschlaggebend. Ohne entsprechende Zuschüsse aus Ungarn und den auswärtigen Gebieten erscheint daher die Deckung des österreichischen Bedarfes auch unter den größten Einschränkungen nicht durchführbar.

Es darf nie übersehen werden, daß die Monarchie aus zwei Staaten besteht, daß die wirtschaftliche Gesetzgebung in beiden Staaten eine selbständige ist und daß Oesterreich, daß zu seiner Erhaltung einen Teil der Produktion Ungarns benötigten würde, über diesen Teil das Verfügungsrecht nicht besitzt. Bei aller Hilfsbereitschaft Ungarns ist es doch ein wesentlicher Unterschied, ob bei der Aufstellung und Durchführung eines Versorgungsprogramms wir die für unsre Versorgung notwendigen Vorräte in der Hand haben oder auf die zugesagte Zufuhr aus dem andern Staate quantitativ und zeitlich angewiesen sind. Auch ist in diesem Jahre die rumänische Einfuhr um fünfzig Prozent hinter den veranschlagten Ziffern zurückgeblieben. Das bedeutete für Oesterreich einen Ausfall von 2 bis 3 Millionen Meterzentner Getreide, eine Menge, die genügt hätte, über die gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten hinwegzukommen. Die Schwierigkeiten der Versorgung in der zweiten Hälfte und gegen das Ende des Versorgungsjahres beruhen daher sicherlich nicht auf mangelnder Voraussicht oder im Mangel eines geordneten Versorgungsprogramms, sondern, abgesehen von der durch den heimischen Ernteausfall bewirkten Unsicherheit, in der Unsicherheit der Aufbringung und Hereinbringung der notwendigen außerösterreichischen Einfuhrmengen.

Das neue Wirtschaftsjahr.

Bei der Vorsorge für das neue Wirtschaftsjahr ist es die Hauptaufgabe der Regierung: Durch eine möglichst lückenlose Erfassung der heimischen Ernte diese für die Versorgung der Bevölkerung heranzuziehen, um fremde Hilfe nur im notwendigsten Maße in Anspruch nehmen zu müssen, sowie an der behördlichen Verteilung der erfassten Vorräte nach Maßgabe eines streng rationierten Bedarfes festzuhalten. Da der Vierbund und seine Einflusssphären auf seine eigene Getreideproduktion angewiesen ist, muß er trachten, bestmöglich mit derselben sein Auslangen zu finden und zu diesem Zwecke die Getreidebewirtschaftung nach einheitlichen Grundsätzen straff durchzuführen. Es wird der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie auf dem Gebiete der Produktionsförderung, insbesondere auf dem Gebiete der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, viel vernachlässigt und hiedurch die Ernährungsschwierigkeiten verschuldet habe. Speziell das Ernährungsamt wird fast seit seinem Bestande angeklagt, durch seine die Interessen des Konsums einseitig berücksichtigenden Maßnahmen die Produktion gehindert und geschädigt zu haben. Dem auf dem Gebiete der Unterstützung der Produktion manches unterlassen werden mußte, so trägt zwar aber in erster Linie der Krieg und die unerbittlichen Forderungen der Kriegszeit schuld. Durch den Krieg wurde mittelbar und unmittelbar der Mangel an künstlichen Düngemitteln verursacht, die Leutenot, die Reduzierung des Bestandes an Vieh, welches eines der wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft ist, die Erschöpfung vieler dem Landwirte notwendigen Bedarfsgegenstände, die Kohlenknappheit usw. Gleiches trifft auch für viele Zweige der industriellen Nahrungsmittelproduktion zu. Zugaben muß ich aber, daß die Preispolitik auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion keineswegs immer eine glückliche und produktionsfördernde war, wobei ich es dahingestellt sein lasse, ob gerade hohe Preise immer produktionsfördernd wirken.